
Kleiner politischer Aufguß
aus dem neoliberalen Jetzt

Die neoliberale (?!) *Perspektive für Jungrentner mit 67, bspw. den eigenen Rollator praktischerweise auch als Schneepflug zu verwenden*¹, erscheint lediglich deshalb als „alternativlos“, da die neoliberale Ideologie die Politik-Richtung vorgibt: ob mit CDU/CSU, FDP, SPD oder mit GRÜNEN. Denn diese sind lediglich „Flügel“ der deutschen Sektion der Internationalen NeoLiberalen Partei (INeLiP)!

Wer allerdings glaubt, (heutige oder spätere) Parteien à la „Piraten“ seien eine Alternative, würde enttäuscht werden, kämen die in einer Koalition „unter“. Ganz zu schweigen von Parteien à la AfD, die in Deutschland z.Z. bei unterdrückt Aggressiven, also unter Kleinbürgern, als neuer „Hoffnungsträger“ gilt.

Und was wäre wirklich neu an „Bewegungen“ à la Pegida, die, wie eh und je, versprengt unterdrückt Aggressiven als Sammlungsplattform dienen?

Wäre aber mit der Partei „Die Linke“ im Bundestag eine alternative Richtungsänderung vom neoliberalen *Ist_Zustand* aus möglich? Nun, die Regierungspraxis spricht dagegen. Auf die kommt es aber an.

Zur Verdeutlichung dieses Faktus seien nun zwei exemplarische Beispiele geboten:

¹ ... diese Perspektive ist als Bild unter der folgenden, am 6. Februar 2018 erneut geprüften Internet-Anschrift abrufbar:

http://www.nachdenkseiten.de/upload/bilder/120106_grafik.jpg.

2002

verabschiedete der Berliner Senat aus SPD und PDS (___als dem stalinistischen Vorläufer der Partei „Die Linke“___) das „**Risiko-Abschirmungsgesetz**“ für die Berliner Bankgesellschaft — als quasi erste Amtshandlung. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes verpflichtete sich das Land Berlin für die knapp 22 Milliarden Euro Schulden dieser Bank zu bürgen.

(___Das heißt die Steuerzahler wurden dazu ungefragt verpflichtet.___)

Auf diese Weise wurden die Renditen jener Reichen und Wohlhabenden gesichert, die zuvor unter der Großen Koalition aus CDU und SPD des Berliner Senats spezielle Wertpapiere der Bank erhalten hatten, die ihnen garantierte Gewinne zusicherten. Knapp 1,8 Milliarden Euro überwies der Berliner Senat aus SPD und PDS dann noch direkt an diese Bankgesellschaft ...

Geradezu folgerichtig unterstützte im Oktober des Jahres 2008 dieser Berliner Senat im Bundesrat die Milliardengestecke an die Banken durch die sogenannte Bankenrettung² der deutschen Bundesregierung — und stimmte damit der massiven Bereicherung der Banken und Spekulanten im Rahmen der sogenannten Finanz- und Wirtschaftskrise zu.

² „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ (___FMS___) oder auch als SoFFin bezeichnet: „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“.

2003

senkte der Berliner Senat aus SPD und PDS die Löhne im öffentlichen Dienst um acht bis zwölf Prozent und kürzte das Weihnachts- und Urlaubsgeld. Das wurde dadurch möglich, daß das Land Berlin Anfang des Jahres 2003 aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten war — und zwar als **erstes** Bundesland!

Also nicht als letztes Bundesland, da ihm dann nichts anderes übriggeblieben wäre ...

Eine *_vermeintlich_ sozialdemokratische* Partei und eine *_vermeintlich_ demokratisch-sozialistische* Partei, spielten also stramm beim weiteren sozialstaatlichen Abbau mit!

[...]

Auszug aus: [Die tri logische Sezierung des lobbykratischen Zeitalters, Bd I: „Es werde mehr Licht! Mehr Demokratie wagen in der Lobbykratie? Untersuchung über die Konsequenzen der bürgerlichen Real-Demokratie“](#), Tb 4, Kapitel 25: „Skizzierung des Sozialen Rechtsstaates _ 2. Teil“, die Seiten 156-58.

© Joachim Endemann (___EndemannVerlag___)